

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN · CHEMIGRAPHEN · STEINLICHT · KUPFER · WACHSTUCH · U. TAPETENDRUCKER · UND VERWANDTEN BERUFE ·

Abonnement.
Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:
Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorstraße 8.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27. I.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz.
Redaktionsschluß: Sonnabend.

Insertion.
Für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Lohnbewegungen.
Öppingen. In Firma Hausmeister & Co. wurde ein gleicher Tarif wie mit der Firma Gebr. Klotz-Öppingen abgeschlossen. (Siehe Graph. Presse No. 32.) Der Tarif hat bis 1. Juli 1909 Gültigkeit.
Zwickau. Die Firma Leonhard in Crossen verkürzte die Arbeitszeit für Lithographen auf 8 Stunden.
Gesperrt.
Stellungannahme in allen folgenden Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Für Lithographen und Steindrucker:
Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.
Firma Angerer (für Kupferdrucker).
Lahr i. B. Hermann Pfaff.
Für Chemigrappen:
Berlin. Baudouin; Cleppin & Geldermann; Edm. Caillard; Graphische Gesellschaft; W. Greve; Grützmacher; Paul Schall; Illustrations-Zentrale; Thedran & Kraushaar.
Chemnitz. A. Jüllich; Schulz; Köhler & Richter.
Dresden. Mittelbach; C. Schemmel.

Dresden u. Leipzig. Mejo & Markert.
Stuttgart. Gebr. Rößle.
Wernigerode i. H.
Im Ausland:
Belgien. Brüssel. I. L. Gottfarth, (Lith. u. Steindr.). — Etablissements Genéraux d'Imprimerie.
Verviers. (Lith. u. Steindr.).
Dänemark.
England. London. Firma Lowe & Brydone, Windmill street Tottenham, Court Road, London, (für Notendrucker.)

Holland: Krommie. Verwers Firmis u. Metalldrucker.
Haarlem. Firma Polygraph.
Rotterdam. »Modern«.
Nord-Amerika: Vereinigte Staaten und Kanada.
Oesterreich: Fiume. Union Typographia.
Innsbruck. Graphische Kunstanstalt Max Schammler.
Triest.
Schweiz. Genf. Excoffier.
Schweden: Arlöv. Firma Grafia.
Stockholm: Tapetendruckerei A.-O. C. A. Käberg.

Inhalt:
Hauptblatt: Bekanntmachungen. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1907. — Rundschau. Generalversammlungen und Kongresse. — Die Bedeutung der Trusts, Syndikate und Kartelle für die Arbeiterbewegung, III. — Anzeigen.
Beilage: Allgemeines: Aus unserem Bulletin, III. Ortsberichte: Niedersiedlitz, Saalfeld. — **Der Lithograph:** Der Niedergang der Ansichtspostkartenindustrie, I. — **Die photomech. Fächer:** Aus den Sektionen: Leipzig (Lichtdr.). — **Die Tapetenbranche:** Eine Klarstellung? Aus den Sektionen: Berlin (Formst.). — **Feuilleton:** Die eigenartigen Anpassungen der Parasiten an ihre Lebensweise. Federzeichnungen aus der Schweiz, I.

27207 Mitglieder zunahmen und die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine sogar um 9619 Mitglieder zurückgingen. Unsere Zentralverbände zählten im Jahresdurchschnitt 1907 1865506, Ende 1907 aber 1873146 Mitglieder, während die lokalistischen Vereine 20461, die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine 108889, die christlichen Gewerkschaften 274323, die sogenannten unabhängigen christlichen Verbände 80437 und die übrigen unabhängigen Organisationen 96684 Mitglieder zählten, so daß die gesamten gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands 1907: 2446300 oder nahezu 2 1/2 Millionen Mitglieder umfaßten!

Mark oder von 24,62 auf 27,55 Mk. pro Kopf der Mitglieder, die Gesamtausgaben von 36963413 auf 43122519 Mk. oder von 21,88 auf 23,12 Mark pro Kopf und die Vermögensbestände von 25312634 auf 33242545 Mk. oder von 14,98 auf 17,82 Mk. pro Kopf. Die höchsten Einnahmen hatte unser Verband mit 63,13 Mk. pro Mitglied, die niedrigsten hatten die Schirmmacher mit 10,52 Mk., die höchsten Ausgaben die Notenstecher mit 82,17 Mk., die niedrigsten die Schirmmacher mit 5,69 Mk., die höchsten Vermögensbestände die Notenstecher mit 185,24 Mark, die niedrigsten die Handlungsgehilfen mit 1,86 Mk. pro Kopf. Das Finanzgebahren ist also in den einzelnen Verbänden recht verschieden. Seit 1891 sind aber im allgemeinen die Einnahmen von 6,68 auf 27,55 Mk., die Ausgaben von 9,62 auf 23,12 Mk. und die Vermögensbestände von 2,56 auf 17,82 Mk. gestiegen, was auch eine ganz gewaltige Steigerung der Leistungsfähigkeit und Tatkraft der Gewerkschaften bedeutet. Je mehr die noch zurückstehenden Gewerkschaften ihre Finanzlage zu kräftigen versuchen, desto mehr wird sich auch in Zukunft die Gesamtlage der Gewerkschaften heben.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1907.

Nachdem das »Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands« bereits früher eine vorläufige Zusammenstellung der deutschen Gewerkschaften im verflochtenen Jahre veröffentlicht hat, die wir in No. 35 auszugsweise wiedergaben, bringt es in seiner »Statistischen Beilage« No. 6 eine ausführliche Arbeit über »Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reiche im Jahre 1907«. Wenn diese alle Gewerkschaftsrichtungen umfassende Statistik nicht früher erscheinen konnte, so lag es daran, daß der Verband der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) seine statistischen Angaben erst Ende August herausgab.

Die Statistik lehrt, wie trotz des Umstandes, daß das Jahr 1907 kein günstiges Wirtschaftsjahr für die deutschen Gewerkschaften war und die Arbeitslosigkeit infolge des rapiden wirtschaftlichen Niederganges zusehends stieg, die Gewerkschaften doch beträchtliche Fortschritte gemacht haben. Der stürmische Aufschwung, den sie während der Hochkonjunktur nahmen, mußte allerdings einer ruhigeren Entwicklung weichen. In einzelnen Industriegruppen, speziell im Baugewerbe, waren sogar erhebliche Verluste zu verzeichnen. Aber dank der inneren Festigung der Organisationen und dank ihrer Unterstützungseinrichtungen und der lebhaften Kampfbarkeit, die ihre bindende Kraft bewährten, haben die Gewerkschaften im allgemeinen den Uebergang von der Hochkonjunktur zur Krisis, im Gegensatz zu früheren Jahren wirtschaftlichen Niederganges (1891 und 1901) gut überstanden. Vor allem haben dabei unsere Zentralverbände ihre Widerstandskraft bewiesen. Sie konnten ihre Mitgliederzahlen im Jahresdurchschnitt 1907 um 175797 erhöhen, während die christlichen Gewerkschaften nur um

Welche rasche Entwicklung besonders unsere Zentralverbände durchgemacht haben, zeigen folgende Zahlen. Sie zählten 1891 erst 277659 Mitglieder, gingen 1893 auf 223530 zurück, stiegen dann bis 1900 auf 680427, hatten 1901 nochmals einen kleinen Rückgang auf 677510 zu verzeichnen und gingen hierauf ununterbrochen vorwärts: 1903 auf 887698, 1905 auf 1344803, 1907 auf 1865506 Mitglieder. Damit haben die Zentralverbände zwar noch nicht die Höhe der sozialdemokratischen Stimmzahlen erreicht, aber sie sind sowohl der politischen Organisation der Sozialdemokratie als auch den modernen Genossenschaften in der Entwicklung vorausgeeilt. Es zählten an Mitgliedern in den Jahren:

	1906	1907	Zunahme
Parteiorganisation:	384327	530466	146139
Gewerkschaften:	1689709	1865506	175797
Konsumgenossensch.:	781369	885074	103705

Die Gewerkschaften haben also nicht nur mehr als doppelt soviel Mitglieder wie die Konsumvereine und 3 1/2 mal soviel als die sozialdemokratischen Vereine, sondern sie haben auch die größte absolute Zunahme. Sie repräsentieren eine »festgefügte und dauernde Macht«, die nachhaltig »die Aktion der Arbeiterklasse zu unterstützen vermag«, wird in der Statistik zutreffend betont. Allerdings zeigen die Zahlen auch einen recht bedauerlichen Mangel an Interesse der Gewerkschaftsmitglieder gegenüber der politischen und genossenschaftlichen Organisation. Dieser Verständnislosigkeit müssen wir entgegenarbeiten! Die Stoßkraft der modernen Arbeiterbewegung würde dadurch ungeheuer gesteigert werden. —

In bezug auf die Finanzen der freien Gewerkschaften liefert die Statistik den Nachweis, daß die günstige Entwicklung auch im Berichtsjahre angehalten hat. Die Gesamteinnahmen stiegen seit 1906 von 41602939 auf 51396784

Unter den Ausgaben stehen wieder die Aufwendungen für Streiks und Aussperrungen mit 13196363 Mk. an erster Stelle, was durchaus dem Wesen unserer Gewerkschaften und ihrer vornehmsten Aufgabe, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen, entspricht. Trotzdem sind diese Ausgaben gegen 1906 von 13,7 auf 13,2 Millionen Mark zurückgegangen. Dagegen ist der Gesamtaufwand für Unterstützungszwecke von 10957279 Mk. im Jahre 1906 auf 15885127 Mk. im Jahre 1907 gestiegen, darunter die Arbeitslosenunterstützung allein von 2653296 auf 6527577, also um 3874281 Mk.! Gerade diese Steigerung beweist die hohe Bedeutung der Gewerkschaften für das öffentliche Wohl und den ungeheuren Rückhalt, den sie ihren Mitgliedern besonders in Krisenzeiten gewähren. Auch für Krankenunterstützung wurden gewaltige Summen, nämlich 3482822 Mk. aufgewendet. Ebenso waren die Ausgaben für Bildungszwecke ganz bedeutend; die Verbandzeitschriften erforderten 1878392, die Bibliotheken 276588 und Unterrichtskurse 43195 Mk., das sind im ganzen 2198175 Mk. Auf dem Gebiet des Unterstützungswesens hat besonders die Einführung der Kranken- bzw. Erwerbslosenunterstützung Fortschritte gemacht. Es führten im Berichtsjahre ein: Reiseunterstützung und Arbeitslosenunterstützung je

1 Verband, Krankenunterstützung 7 und Sterbegeld 6 Verbände. — Ein eigenes Verbandsorgan hatten von 61 Verbänden 60. Die Gesamtauflage aller Blätter betrug 1907: 2077643, gegen 1902/250 im Jahre 1906. Durch die Presse werden »die geistigen Fäden zwischen Großstadt, Landflecken und Gebirgswinkel« gezogen; sie »verbindet die entferntesten Gegenden des Reichs miteinander«. — Internationale Beziehungen werden von 40 Verbänden gepflegt.

Die Statistik widmet zum Schluß noch den neben den freien Gewerkschaften bestehenden Organisationen einige Betrachtungen. Von den 20461 Mitgliedern der *Lokalorganisationen* gehörten der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften 17633 an. Deren Einnahmen betrugen vom 1. Januar bis 30. September 1907 611997, die Ausgaben 650243 Mk., darunter für Streiks und Aussperrungen 391629 Mk. Der Kassenbestand ging in derselben Zeit von 288133 auf 195444 Mk. zurück. — Die *Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften* verloren, wie erwähnt, 9619 Mitglieder; ihr Bestand fiel von 118508 im Jahre 1906 auf 108889 im Jahre 1907. Dabei wurde der Gewerkschaften der Maschinenbauer mit einem Verlust von 7499 Mitgliedern am schlimmsten betroffen. Der Gewerkschaften der graphischen Berufe und Maler verlor 313 Mitglieder. Die Gesamteinnahme der Gewerkschaften betrug 1541359, die Gesamtausgabe 1434555 und das Gesamtvermögen 1416555 Mk. — Die *christlichen Gewerkschaften* erhöhten ihre Mitgliederzahlen von 247116 im Jahre 1906 auf 274323 im Jahre 1907. Die Jahreseinnahmen bezifferten sich auf 4311495, die Jahresausgaben auf 3193978, der Vermögensbestand auf 3487735 Mk. — Von den sechs *unabhängigen christlichen Organisationen* mit 80347 Mitgliedern verzeichneten fünf an Einnahmen 204923, an Ausgaben 163360 und an Vermögen 271649 Mk. — Die Angaben über die anderen eines inneren Zusammenhangs entbehrenden *unabhängigen Organisationen gewerkschaftlichen Charakters* sind schwankend und zu zuverlässigen Vergleichen nicht verwendbar. Ihre Mitgliederzahl soll von 72044 im Jahre 1906 auf 96684 im Jahre 1907 gestiegen sein.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung zeigte also nach diesen Angaben im Jahre 1907 folgendes *Gesamtbild*: In sechs Organisationsgruppen waren 2446480 Mitglieder vereinigt. Die gesamten Jahreseinnahmen betrugen 57454561, die Ausgaben 47914202 und die Vermögensbestände 40970878 Mk. Von allen Mitgliedern entfielen 76,3 Proz. (1906: 76,3 Proz.) auf die Zentralverbände, 11,2 Proz. (1906: 11,2 Proz.) auf die christlichen Gewerkschaften, 4,5 Proz. (1906: 5,3 Proz.) auf die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und 8 Proz. (1906: 7,2 Proz.) auf die übrigen Gruppen. Von den Einnahmen kamen 89,5, von den Ausgaben 90 und von den Vermögensbeständen 81,1 Proz. auf die Zentralverbände. Alle anderen Gruppen kommen also in jeder Beziehung neben diesen kaum in Betracht. Das zeigt auch ein Vergleich einiger wichtiger Ausgabeposten der Zentralverbände mit denen der nächststärksten Gruppe, der christlichen Gewerkschaften. Es verausgabten für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung erstere 4,05 Mk., letztere nur 26 Pf. pro Kopf und für Streiks und Gemaßregelte erstere 7,62, letztere nur 2,71 Mk. pro Kopf! Die Worte, mit denen der Statistiker seine Abhandlung schließt und die wir auch an den Schluß unserer zusammenfassenden Bearbeitung setzen wollen, treffen also in erster Linie für die Zentralverbände zu. Sie lauten:

Die vorliegende Statistik bestätigt von neuem, daß die Gewerkschaften an Stärke und Festigkeit gewonnen haben und mehr denn je Gewähr bieten, ihren Mitgliedern wie auch der gesamten Arbeiterklasse eine Schutzwehr gegen die Schäden der hereinbrechenden Wirtschaftskrisis, wie auch gegen die Angriffe des Unternehmertums zu sein. Die Gewerkschaften haben einen Stand erreicht, der ihnen Kraft und Selbstvertrauen gibt. Sie wissen, daß sie ein Faktor im Wirtschafts- wie im öffentlichen

Leben geworden sind, dessen Bedeutung mehr und mehr anerkannt wird und dessen Einfluß sich weder das Unternehmertum, noch die Regierungen dauernd entziehen können. Deshalb blicken sie getrost in die Zukunft, die dem großen Ringen der Arbeiterklasse den Sieg verbürgt.

Rundschau.

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag tritt am 13. September in Nürnberg zusammen. Er wird sich mit einer Reihe von Fragen beschäftigen, die für die Gewerkschaften von großem Interesse sind. Diese Fragen werden bereits in dem Bericht des Parteivorstandes gestreift, der kürzlich als Beilage zum »Vorwärts« veröffentlicht worden ist.

»In den *Wahlrechtskämpfen*«, betont der Bericht, »haben die Gewerkschaften die Partei nach Kräften unterstützt. Die meisten Gewerkschaftsblätter haben ihre Leser auf die Bedeutung des Wahlrechts in den Einzelstaaten und auf die Wichtigkeit der Landtagswahlen aufmerksam gemacht durch eine Artikelserie, die im Auftrage des Parteivorstandes der Gewerkschaftspresse zugestellt wurde. Einige Gewerkschaftsblätter haben durch eigene Artikel die Berufskollegen darüber aufgeklärt, wie wichtig es gerade für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist, Einfluß zu gewinnen auf die Gesetzgebung und Verwaltung der Einzelstaaten, die in vielen Berufszweigen tief einschneidende Entscheidungen treffen können. Die Agitation gegen den Entwurf eines *Reichsvereinsgesetzes* wurde von Partei und Gewerkschaften gemeinsam geführt. In der Bekämpfung des reaktionären Entwurfs der Regierung, der als Frucht der »liberalen« Blockära zum *Ausnahmegesetz* wider die fremdsprachlichen und jugendlichen Arbeiter wurde, war vom Tage seines Erscheinens ab nicht die geringste Meinungsverschiedenheit zwischen der Parteileitung und der Generalkommission der Gewerkschaften.«

Ueber den *sechsten deutschen Gewerkschaftskongress*, der vom 22. bis 27. Juni in Hamburg tagte, heißt es: »Er zeigte, daß die Gewerkschaften den festen Willen haben, gemeinsam mit der sozialdemokratischen Partei an der Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei zu arbeiten. Die Gegensätze, die in und nach Köln zu theoretischen Auseinandersetzungen führten, machten sich auf der Hamburger Tagung nicht bemerkbar. Der Verlauf der Hamburger Tagung bewies, daß die Gewerkschaften die Zeichen der Zeit erkennen. Sie rasten nicht, sondern sie rüsteten sich für die kommenden Kämpfe, die der Scharfmacherwille der »Herren im Hause« vorbereitet. Die Unternehmerverbände stehen heute größer und geschlossener da denn je. Sie üben mehr denn je auf die Regierungen einen für die breiten Volksmassen unheilvollen Einfluß aus. Zur Bekämpfung dieser volksfeindlichen Einflüsse ist die Einigkeit des Klassenbewußten Proletariats dringend erforderlich. Im Laufe des Jahres gelang es in langwierigen Verhandlungen, einen großen Teil der früher *Lokalorganisierten* unter Vereinbarung bestimmter Uebertrittsbedingungen zum Eintritt in die Zentralverbände der Gewerkschaften zu bewegen. So waren langjährige Bemühungen um die Einigung der gewerkschaftlichen Arbeiter erfreulicherweise endlich von Erfolg gekrönt.«

Ueber die *Einigungsverhandlungen mit den Lokalisten* macht der Bericht noch nähere Angaben. Es heißt da u. a.: »Bei den Verhandlungen mit den zur Freien Vereinigung gehörenden Vereinen ist alles geschehen, was geschehen konnte, um es diesen zu ermöglichen, auf dem Wege der Verhandlung und der Verständigung dem Beschlusse des Essener Parteitages Rechnung zu tragen. Von den Vereinen, die Verhandlungen und Verständigung abgewiesen haben, muß angenommen werden, daß sie nicht gewillt sind, dem Parteitagbeschlusse zu entsprechen, sich vielmehr bewußt in Gegensatz zur Partei stellen. Dafür zeugen auch das Verhalten der Leitung der Freien Vereinigung — deren Vorsitzender *Kater* übrigens aus der Partei ausgeschieden ist —, die Haltung ihres Organs, der »Einigkeit«, und die Verhandlungen und Beschlüsse des achten Kongresses der Freien Vereinigung.«

Ein besonderer Abschnitt beschäftigt sich mit der *Jugendorganisation*. Nach einem kurzen geschichtlichen Ueberblick über die selbständigen Jugendverbände bemerkt der Bericht: »Der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften haben sich vor und nach Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes mit der Frage der Organisation der Jugendziehung in gemeinsamen Sitzungen beschäftigt. In der Beratung wurde als notwendig anerkannt, daß sich Partei und Gewerkschaften mehr um die Erziehung der Arbeiterjugend zu kümmern haben, als das bisher geschehen sei. Unsere politischen Gegner sind uns weit voraus. Sie marschieren zwar nach Konfessionen getrennt. Gemeinsam ist ihnen aber das Ziel: durch ihre Veranstaltungen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen gegen den Einfluß der Sozialdemokratie immun zu machen. Wenn wir den großen Vorsprung einholen wollen, den unsere Gegner in der Beeinflussung der Arbeiterjugend haben, so gilt es, die Massen der politisch und gewerkschaftlich or-

ganisierten Eltern für die Frage der Jugendziehung zu interessieren. Unter Mitwirkung von Vertretern der Jugendlichen sollen deshalb in den einzelnen Orten die Parteioorganisationen und Gewerkschaften die zur Jugendbildung nötigen Veranstaltungen treffen. Diese Veranstaltungen sollen für die Jugendlichen unentgeltlich und eine besondere Jugendorganisation zu ihrer Durchführung nicht erforderlich sein. Das Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes hat dann politische Jugendorganisationen unmöglich gemacht.« Hierauf bringt der Bericht die bekannte Resolution zum Abdruck, auf die sich Parteivorstand und Generalkommission einigten und die der Gewerkschaftskongress einstimmig angenommen hat. Dazu bemerkt der Bericht: »Der gegen die Hamburger Resolution erhobene Vorwurf, daß die Jugendorganisation nicht ausschließlich Sache der Gewerkschaften sein dürfte, entbehrt jeglicher Grundlage. Aus Absatz 5 der Hamburger Resolution geht deutlich hervor, daß Partei und Gewerkschaft der einzelnen Orte durch Beschluß des Gewerkschaftskongresses und des Parteitages verpflichtet werden sollen, das im Interesse der Jugendbewegung Erforderliche zu tun.« Der Abschnitt schließt mit folgenden zutreffenden Sätzen: »Statt der Entrechtung der Arbeiterjugend, wie sie die Scharfmacher beabsichtigten, werden wir einen kräftigen Aufschwung der Jugendbewegung erleben, wenn Partei und Gewerkschaft allorts sich der Arbeiterjugend annehmen. Zur Förderung der Bildungsbestrebungen unter der Arbeiterjugend soll der Nürnberger Parteitag die Herausgabe eines Jugendblattes beschließen, wie es einige unserer ausländischen Bruderparteien — wir denken z. B. an den schwedischen »Fram« — schon besitzen.«

Hoffen wir, daß der Nürnberger Parteitag alle die Gewerkschaften und die Partei gemeinsam berührenden Fragen ebenso ruhig, sachlich und loyal behandeln möge, wie es der Parteivorstand in seinem Bericht zum Parteitag getan hat. Das würde der gesamten deutschen Arbeiterbewegung nur zum Vorteil gereichen. —

Die Urabstimmung des Deutschen Photographen-Gehilfen-Verbandes ist beendet. Sie fiel fast einstimmig für den Anschluß an unsere Organisation aus. Nur 8 Mitglieder erklärten sich dagegen, und zwar 4 in Berlin, 2 in Dresden und je 1 in Chemnitz und Mannheim. Der Uebertritt wird bereits Ende September vollzogen werden. Das Verbandsorgan »Photographischer Mitarbeiter« bemerkt nach der Konstatierung des glänzenden Resultats zutreffend:

»Und welcher Ausblick, welche Zukunft liegt vor uns? Geben wir uns keinen Illusionen hin. Noch ist ein schweres, ein hartes Stück gewerkschaftlicher Arbeit zu leisten, aber auch hier werden noch mehr Kollegen wie bisher zu Pionieren unserer Sache werden. Man wird aber nicht mehr so leichtfertig unsere Kollegen maßregeln können, und wenn man dies tun sollte, dann steht eine *Macht* hinter diesen. Wir brauchen die tatkräftige Unterstützung unserer verwandten Berufskollegen, wir werden uns aber auch dankbar zu erweisen wissen, nicht nur durch treues Festhalten an dem Verband der Lithographen, Steindruckern und verwandten Berufe, sondern auch durch Ausbreiten freigewerkschaftlicher Ideen, durch Aufklärungsarbeit in allen uns zugänglichen Kreisen. Vielleicht wird sich nun in den Arbeitgeberkreisen ein Zug der Ernüchterung einstellen, man wird vielleicht bereuen, durch die scharfmacherische Art unseren Kollegen den richtigen Weg gezeigt zu haben. Es wäre verfehlt, im jetzigen Augenblick die Arbeitgeber zur Einsicht bekehren zu wollen, sie stellen die Machtfrage, und durch die Machtfrage ist der Anschluß notwendig geworden. In bezug der Solidarität ist der Anschluß nicht minder bedeutend. Ist auch die Zahl der organisierten Photographengehilfen insbesondere durch die Krise und die hierdurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit gegenwärtig zurückgegangen, durch eine weitgehende rührige planmäßige Agitation wird ihre Zahl schneller anwachsen wie bisher. Für uns organisierte Photographen ist durch den Beschluß ein bedeutender Schritt getan, ein Schritt, dessen Bedeutung sich im *gesamten* Gewerkschaftsleben der graphischen Verbände widerspiegeln wird. Mögen auch die vereinzelt Kollegen, die gegen den Anschluß stimmten, so viel demokratisches Gefühl haben, mit überzutreten.« — Wir begrüßen schon jetzt die Photographengehilfen als Verbandskollegen und Mitspreiter und hoffen, daß der Uebertritt mit gleicher Einmütigkeit wie die Abstimmung vor sich gehen möchte. Das wird zum Segen der Bewegung der Photographen und aller graphischen Branchen sein.

Der Formstecherverband hat nunmehr ebenfalls seine Urabstimmung in die Wege geleitet. Ein wirkungsvolles Flugblatt, dessen Herausgabe bereits von der Generalversammlung, die sich bekanntlich einstimmig für den Anschluß erklärte, beschlossen worden war, ist bereits verteilt und wird viel zur Aufklärung derer beitragen, die bisher der Verschmelzungsfrage zweifelnd gegenüber standen. Wir wollen hoffen, daß angesichts dieser tatkräftigen Ausführung der Generalversammlungsbeschlüsse durch den Vorstand das Abstimmungsergebnis ebenso hervorragend einmütig ausfallen möge wie bei den Photographen. Das wird das wirkungsvollste Paroli gegenüber den Aushungerungsbestrebungen der Unternehmer in der Tapetenindustrie sein.

Ueber die Sitzung des Tarifausschusses der Lichtdrucker vom 30. August ist die Postkarte in der Lage, folgendes zu berichten: »Es wurden die stattgehabten Wahlen einer Prüfung unterzogen. Man einigte sich über die Gültigkeit derselben. Es wurde konstatiert, daß seit dem Dezember 1907 stattgefundenen Verlängerung des Tarifes die Anerkennung desselben einen guten Fortschritt gemacht hat. Allerdings wurde bemängelt, daß sich einige Firmen zwar der Vorteile des Tarifes bedienten, jedoch die Beitragsleistung für denselben umgehen wollten. Nach Ansicht des Ausschusses sind solche Firmen wieder als tarifuntreu zu behandeln. Es wurde alsdann festgestellt, daß die Durchführung des Tarifes auch bei den Firmen unverzüglich zu betreiben sei, welche bis jetzt noch nicht die Annahme erklärt haben. Bezüglich der Stellung der Vertrauensmänner der Organisation konnte eine Übereinstimmung noch nicht erzielt werden, dagegen wurde den Gehilfen zugegeben, daß man in allen Fällen von Arbeitsbedarf zunächst den Tarif-Arbeits-Nachweis in Anspruch nehmen will, und geeignete Angebote berücksichtigt.« Der Bericht ist zwar recht nichtssagend, aber besser wie gar keiner. Von unseren Kollegen sind wir in bezug auf Berichterstattung bis jetzt leider vollständig im Stich gelassen worden.

Ueber ein Gegenstück zu dem Lebensgang des Schuhmachers Wilhelm Voigt, des bekannten »Hauptmanns von Köpenick«, wurde am 22. August einem bürgerlichen Blatt (Kreisblatt) in Thüringen aus Zittau berichtet. Es handelt sich um einen Berufsgenossen, den Steindruckers Stuedel. »Stuedel wurde ohrenleidend«, schreibt das Blatt, »und infolge operativer Eingriffe blieb bei dem bisher arbeitssamen Manne Schwerhörigkeit zurück, die schließlich zur Folge hatte, daß er seine Berufsstellung verlor. In der arbeitslosen Zeit hatte sich Stuedel einige Bettelstrafen zugezogen, die zuletzt dahin führten, daß er unter Polizeiaufsicht gestellt wurde. Nun begann für ihn ein unstetes Nomadenleben. Wenn er eine Arbeitsstelle gefunden hatte, erschienen Polizisten und forschten nach ihm, ein Vorgehen, das stets seine Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis zur Folge hatte. Als er auch in Oleiwitz ausgewiesen wurde, lenkte er seine Schritte wieder nach dem sächsischen Heimatlande, wo er wieder wegen Arbeitsmangels die Unterstützung von Vorstandsämtern eines Wohltätigkeitsvereins in Anspruch nehmen mußte. Schließlich wurde Stuedel wieder vor Gericht gestellt. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er immer wieder bettele, erwiderte der Angeklagte: »Was sollte ich tun? Überall wurde ich ausgewiesen. Die Polizei erschwert einem die ehrliche Arbeit. Leben will der Mensch, und findet er nirgends die gesuchte Arbeit, dann mußte er schließlich zum Verbrecher werden.« Aus den Akten wurde festgestellt, daß Stuedels Beschwerden auf seine vielen Ausweisungen von den oberen Instanzen abgewiesen worden waren. Der Staatsanwalt beantragte eine strenge Bestrafung und Ueberweisung an das Arbeitshaus. Darauf ging aber der Gerichtshof nicht ein. Er billigte dem Angeklagten mildernde Umstände zu, da erwiesen sei, daß er durch die fortgesetzten Ausweisungen in große Not geraten sei. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis und vier Wochen Haft. Soweit das Blatt. Hätte es der von der Polizei Gehezte verstanden, irgend eine Einrichtung unseres Gegenwartsstaates ebenso der Lächerlichkeit preisgeben, wie Voigt den Militarismus mit seinem Gamaschendrill und dem heiligen Respekt vor der Uniform, dann könnte er nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt ebenfalls auf reichliche Spenden rechnen. Die honette Gesellschaft würde ihn wie einen Helden feiern und — dadurch ihrer selbst spotten, ohné zu wissen wie.

Generalversammlungen und Kongresse.

Die 15. Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich fand vom 9. bis 12. August in Braunschweig statt. Sie war von mehr als 400 Delegierten, darunter zahlreichen Arbeitgebern, besucht. Der Jahresbericht stellt fest, daß trotz aller Hetzereien der Scharfmacher und der Oegner des Selbstverwaltungsrechts dieser Verband, der die Verteidigung des Selbstverwaltungsrechts als seine vornehmste Aufgabe betrachtet, an Mitgliedern ständig zugenommen hat. — Aus den Verhandlungen sei zunächst das Referat des Professors Dr. Franke über »Gewerbekrankheit und Betriebsunfall« hervorgehoben. Der an sich sehr interessante Vortrag schilderte unsere heutige Rechtsprechung in dieser wichtigen Frage, die Wirkungen des Gesetzes, welches leider die Mitarbeit der Versicherten ausschließt. Ein Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung sei dringend nötig, die Arbeiter müßten zur Rentenfestsetzung herangezogen werden! Ebenso müßten diese bei Ausarbeitung der Unfallverhütungsvorschriften mitwirken, Vertrauensmänner der Arbeiterschaft zur Gewerbeaufsicht wie die Aerzte tätig sein. Verbot der entbehrlichen Giftstoffe und gefährlicher Arbeitsprozesse sowie eine — Verkürzung der Arbeitszeit sei notwendig, soll die Unfallgefahr eingeschränkt werden. Die Ortskrankenkassen, denen die Zukunft gehöre, sollen die Arbeitervertreter wählen usw. So sehr man mit diesen Ausführungen einverstanden sein konnte, so

sehr wendeten sich unsere Genossen in der Diskussion gegen die ersten Punkte der Leitsätze des Referenten, welcher erklärte, daß »Gewerbekrankheit und Betriebsunfall in ihrer Entstehung und dem Wesen nach grundverschieden, und daher auch von der Gesetzgebung getrennt zu behandeln seien.« Der Referent will als Betriebsunfälle nur »Vergiftungen, Wurmkrankheit und Milzbrand« angesehen wissen, alle übrigen Gewerbekrankheiten, wie Tuberkulose, Herzkrankheiten usw., ausschließen, weil »eine Unterscheidung schwierig, Zweifel und Irrtum häufig seien.« Mit großer Majorität stimmte der Kongreß jedoch dem Änderungsantrag unserer Genossen Bauer und Gräf zu, welcher erklärt: »Gewerbekrankheit und Betriebsunfall sind Folgen der Betriebsfähigkeit und daher auch von der Gesetzgebung einheitlich zu behandeln!« — Pollender Leipzig referierte dann über das Proportionalwahlsystem bei den Krankenkassen und forderte die allgemeine Einführung durch die Gesetzgebung, während heute dieses System bald empfohlen, dann wieder von den Behörden untersagt würde. — Weniger Anklang fand ein Referat Heße-Dresden über die Einführung eines allgemeinen Mitgliedsbuches für die Kassen in Deutschland und es wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß sich dieses System überlebt habe, zumal es zum neuen Arbeitsbuch für erwachsene Arbeiter geworden sei! — Auf Abänderung der Postordnung drängte ein Vortrag des Direktors Uhlmann-Leipzig, wonach den Krankenkassen endlich auch die Verbilligung der Portosätze gewährt werden solle, wie den reichen Berufsgenossenschaften und Invalidenversicherungsanstalten Deutschlands. — Die Vorteile der Polikliniken schilderte Riemann-Chemnitz auf Grund dortiger Erfahrungen und empfahl den Krankenkassen die Einführung zum Nutzen der Versicherten. — Aus der Reihe praktischer Verwaltungsfragen sei der Antrag der Ortskrankenkasse Frankfurt a. M. über die Anstellung von Revisoren in den einzelnen Landesteilen erwähnt. Gräf-Frankfurt a. M. begründete diese Anregung und wies auf das Vorgehen der Baugenossenschaften, Konsumvereine usw. hin, welche zur Entlastung der Vorstände, die wie Vormünder haften, ebenfalls Revisoren angestellt haben. Ebenso fand die zweite Anregung des Referenten lebhaften Anklang: die Namen der Arbeitgeber alljährlich bekannt zu geben, welche die Krankenkassen durch Beitragshinterziehung schädigen! Die lebhafteste Aussprache bewies, daß den Krankenkassen alljährlich Millionen von Mark verloren gehen, und ein schärferes Eingreifen gegen diese Betrüger nötig ist. — Als Ort der nächsten Jahresversammlung wurde Bremen bestimmt. Freudig stimmten die Delegierten dem Wunsch des Vorsitzenden zum Schlusse zu, daß bei Bekanntgabe der Vorschläge der Regierung über die Abänderung des Gesetzes sofort eine Protestversammlung einzuberufen sei. Kein Mißton störte diese Tagung, und sollte der Regierung, welche nur durch einen Vertreter des Bundesstaates Braunschweig vertreten war, endlich zeigen, daß die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Verwaltungen der Krankenkassen mit allen Mitteln das Selbstverwaltungsrecht verteidigen und keine Verschlechterung zulassen.

Konferenz der Arbeiterbeisitzer der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Den Verhandlungen des Verbandstages deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Jena ging am 25. und 26. August eine Konferenz der Arbeiterbeisitzer voraus. Es wurden außer anderen auch die für die Arbeiter sehr wichtigen Fragen behandelt: »Kann der Arbeiter den Arbeitsvertrag wegen Irrtum anfechten, wenn er erst nach dem Arbeitsantritt erfährt, daß in dem Betriebe ganz oder teilweise gestreikt wird?« und »Hat der Arbeitgeber im Zusammenhang mit dem Dienstvertrage eine Pflicht zur Aufbewahrung bei der Arbeit abzulegender Kleider und wie weit geht die Haftung für abhandlung gekommene Gegenstände?« Der Referent bejahte die erste Frage unbedingt, die zweite nur für den Fall, daß es sich um geschlossene Räume oder verschließbare Behälter handle. Bei der Debatte gingen die Meinungen über die erste Frage auseinander, wogegen in der zweiten Einstimmigkeit im Sinne des Referats herrschte. — Zum Proportionalwahlsystem wurde folgende Resolution gegen 3 Stimmen angenommen: »Die heutige Konferenz der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte erklärt, daß sie grundsätzlich auf dem Standpunkte der Verhältniswahl steht. Die Teilnehmer der Konferenz verpflichteten sich, falls an sie der Antrag auf Einführung der Proportionalwahl gestellt wird, für dieselbe einzutreten. Das ablehnende Verhalten der der freigewählten Arbeiterschaft feindlich gegenüberstehenden Mehrheitsparteien kann sie in der prinzipiellen Frage nicht beirren.« — Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über eine Vorlage der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Frankfurt a. M., die sich mit der Stellungnahme des letzten Gewerkschaftskongresses zu der Frage: »Vertretung durch Arbeitersekretäre und Organisationsangestellte vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, beschäftigte. Der Frankfurter Vertreter fand den diesbezüglichen Beschluß des Gewerkschaftskongresses wenig praktisch. Er legt der Vertretung durch Arbeitersekretäre wenig Wert bei, zumal sie die Gefahr in sich trage, daß das Bestreben, auch die Rechtsanwände zuzulassen, dadurch verwirklicht werden könne. Redner wünscht, daß der fragliche Beschluß des Gewerkschaftskongresses aufgehoben wird und beifügt ein besseres Erziehung und Aufklärung

in den Gewerkschaften, damit die Arbeiter in der Lage seien, sich selbst zu vertreten. Der Vertreter der Generalkommission nahm den entgegengesetzten Standpunkt ein. Ueber die Zulassung der Rechtsanwände und die Stellung der Arbeitersekretäre schein vielfach eine total falsche Meinung vorzuherrschen. Die Arbeiter, die an sich schon in einer viel ungünstigeren Position ständen wie die Unternehmer, brauchen häufig die Vertretung. Die Arbeitersekretäre vertreten ohne jedes persönliche Interesse und ohne persönliche Beziehung zu den Arbeitern deren Sache, während der Rechtsanwalt finanziell interessiert sei. Bei auch nur einigermaßen loyaler Auffassung könne man den § 31 des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes nicht dahin auslegen, daß die Vertretung durch Anwälte und Arbeitersekretäre dasselbe sei. Die Befürchtung der Frankfurter sei übertrieben. Jeder Versuch, Rechtsanwände zuzulassen, sei zu bekämpfen, dagegen sei die Beibehaltung der Arbeitersekretäre als Vertreter zu fordern. Ueber Oesterreich wurde berichtet, daß dort die Arbeiterschaft zur Reformierung des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes einen Entwurf ausgearbeitet habe, in dem die grundsätzliche Ausschließung der Rechtsanwände und die Zulassung von Angestellten der betreffenden Berufsorganisation gefordert werden soll. Man teilt also dort den Standpunkt unserer Generalkommission; dieser Tatsache gegenüber und weil er mit seinen Gegenüberungen wenig Anklang fand, ließ der Frankfurter Vertreter seine Resolution wieder fallen. — Von den weiteren Verhandlungsgegenständen ist noch von Bedeutung ein Antrag des »Verbandes der deutschen Handlungsgehilfen, Leipzig«, der besagt, daß es den Arbeitgebern verboten sein soll, Angestellte oder Arbeiter durch Verabredung, schwarze Listen oder Einrichtungen anderer Art an der Erlangung einer Stellung zu hindern wegen ihrer Zugehörigkeit zu ihren Berufsorganisationen. Falls das doch geschieht, sollen die Strafbestimmungen des § 153 der R.-G.-O. Anwendung finden. Die Konferenz stimmte dem Antrage zu.

Der Verbandstag Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte tagte vom 27. bis 29. August im Volkshaus zu Jena. Zunächst gab der Magistratsrat v. Schulz-Berlin einen Rückblick auf die Entstehung des Verbandes, der sich aus kleinen Anfängen heute dahin entwickelt hat, daß ihm heute 300 Gewerbe- und Kaufmannsgerichte angehören. In Anbetracht seiner sozialpolitischen Erfolge sei es bedeutungslos, wenn sich neuerdings wieder Bestrebungen gegen die Institution der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte bemerkbar machten. Statt solcher Ausfälle, mit denen man die Erfolge nicht wedsputieren könne, möge man sich lieber an Ort und Stelle informieren. Der Vertreter der Weimarschen Regierung wies darauf hin, daß die Betätigung des Laienelements an der Rechtsprechung und am öffentlichen Leben überhaupt heute zu einem dringenden Erfordernis geworden sei, zumal alle nationale Kraft letzten Endes ihre Nahrung aus dem Volke ziehe. — Ueber die »Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag« über dem letzten Verbandstage referierte Gerichtsrat Dr. Prener-München. Er bedauerte, daß das Schöfflein »Sozialpolitik«, das noch nie zu den Schnellseglern gehört habe, seinen Kurs in den letzten drei Jahren fast ganz einstellte und forderte vom Verbands- und Gewerbe- und Kaufmannsgerichte die Befolgung des Mottos: »Nun erst recht Sozialpolitik!« — Rechtsanwält Dr. Baum-Berlin sprach sodann über die »Literatur über den Arbeitsvertrag« seit dem letzten Verbandstage. Die Wissenschaft des Arbeitsvertrages habe sich außerordentlich schnell entwickelt; etwa 300 Werke sind bereits erschienen. Die gesamte Literatur erkenne an, daß die Fortentwicklung auf sozialem Gebiet wesentlich ein Verdienst der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sei. Redner forderte weitere Beharrlichkeit in dem Drange nach Fortschritt. — Magistratsrat Wölbinger-Berlin referierte hierauf über die »Vertretung vor dem Einigungsamt« und begründete eine Reihe von Thesen zur Regelung der Vertretung vor dem Einigungsamt. Alle drei Vorträge wurden ohne Debatte entgegengenommen. — Lebhaftere Interesse erweckte der Vortrag des Magistratsrats Dr. v. Schulz-Berlin über die »Angliederung der Schlichtungskommissionen an die Einigungsämter«. Die Schlichtungskommissionen hätten ihre Aufgabe, einigend zu wirken, in bester Weise erfüllt. Bedeutsam erscheine die Forderung, daß ein von der oberen Verwaltungsbehörde einzusetzendes Tarifamt auch die Befugnis haben soll, bei wesentlicher Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse oder der Marktlage einen Tarif auch vor Ablauf außer Kraft zu setzen. In der Diskussion betonten Körsen und Paepow dem Hirsch-Dunckeraner Erkelenz gegenüber, daß Tarife, die von Minderheiten in einem Betriebe abgeschlossen werden, nicht die volle Anerkennung finden können. — Am zweiten Tage referierte zunächst Stadtrat Dr. Glücksman-Rixdorf über die »Statuten der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte«, deren Verschiedenartigkeit bedauernd und die Schaffung eines Normalstatuts unter Zugrundelegung der Paporwahl befürwortend. — Ueber das »Recht des Arbeitszeugnisses« sprach hierauf Rechtsanwalt Dr. Galland-Posen. Dem Arbeiter müsse auch dann noch ein Zeugnis gewährt werden, wenn er es bei seinem Abgange nicht gleich gefordert hat. Zwei Urteile des Oberlandesgerichts Hamburg, wonach Unternehmer nur dann für unrichtige Zeugnisse schadenersatzpflichtig sein sollen, wenn sie nachweisbar prob, fahrlässig

oder arglistig handelten, sei zu verurteilen. Bemerkenswert sei eine Reichsgerichtsentcheidung, wonach die Arbeiter im Zeugnis auch getrennt nur ihre Führung oder nur ihre Leistung bescheinigt fordern können. — Die Behandlung der Konkurrenzklause, über die Stadtrat Dr. Erbel-Mannheim referierte, fand lebhaftes Interesse. Die Arbeitervertreter forderten in der Diskussion die bedingungslose Aufhebung der Klausel, die direkt als ein Verstoß gegen die guten Sitten anzusehen sei, während die anderen Redner einen mehr vermittelnden Standpunkt einzunehmen versuchten. Ein Beschluß kam nicht zustande, weil dies satzungsgemäß nicht zulässig ist. — Am dritten Tage sprach nach einem Referat des Magistratsassessors Dolle-Königsberg über Ueberweisung von Rechtsstreitigkeiten vom Gewerbegericht an das Kaufmannsgericht und umgekehrt der Magistratsyndikus Dr. Hiller-Frankfurt a. M. über Schutz der Lohnforderungen der Bauarbeiter. Er setzte den Bauwindel als bekannt voraus und forderte die gesetzliche Sicherung der Lohnforderungen der Bauarbeiter durch Verleihung des Pfandvorrechtes am Baugrundstück. Der Korreferent Paepow konnte sich im wesentlichen dem Referenten anschließen. — Den Schluß des Verbandstages bildeten die Referate des Stadtrats Dr. Mayer-Danzig über Gründe zur sofortigen Aufhebung des Arbeitsvertrages, und des Stadtrats Dr. Müller-Dessau, der die Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte auch auf alle städtischen und staatlichen Betriebe verlangte.

Die Bedeutung der Trusts, Syndikate und Kartelle für die Arbeiterbewegung.

Von Richard Calver.

III. (Schluß.)

Welche wirtschaftliche Bedeutung haben nun die Kartelle, deren verschiedene Formen und Stufen ich kurz zu schildern versuchte? Wir sprachen bisher immer von der anarchischen Produktionsweise in der heutigen Gesellschaft. Das trifft solange zu, wie der Konkurrenzfreiheit keine Schranken gezogen sind. Sie wird aber eingeschränkt durch die verschiedenen Entwicklungsformen der Kartelle. Die Regelung der Produktion durch sie ist ein wirtschaftlicher Fortschritt von eminenter Bedeutung. Das kann niemand leugnen! Wir kommen durch die Kartellierung aus einer Wirris heraus, unter der die gesamte Wirtschaft leiden mußte, auch der Arbeitsmarkt. Aber wir kommen in diese Regelung zu einer Zeit hinein, die denkbar ungünstig für die Arbeiterschaft ist. Man versucht die Herstellungskosten der Waren herabzumindern auf Kosten der Arbeiter. Sie sollen auf neue ausgeworfen werden, um die Profitrate zu steigern. — Diese Nachteile und Schattenseiten der Kartellierung sind zweifellos vorhanden. Aber kein wirtschaftlicher Fortschritt setzt sich durch ohne ganz erhebliche wirtschaftliche Nachteile. Je heller die Lichter sind, desto stärker sind auch die Schatten. Aber auch die Entwicklung der Industrie über das Handwerk hinaus hat große Schattenseiten gehabt, trotzdem ist diese große

wirtschaftliche Umwälzung ein großer Fortschritt gewesen. Daß wir jetzt eine kartellartige Regelung der Produktion bekommen, bleibt ebenso ein Fortschritt, auch wenn diese Regelung in rein privatkapitalistischer Form durchgeführt wird.

Nun ist es richtig: die Kartelle repräsentieren dem Arbeiter gegenüber eine stärkere Macht als der Einzelunternehmer. Aber stellt man Vergleiche an zwischen kartellierten und nichtkartellierten Industrien, so zeigt sich, daß die Arbeiter in kartellierten Betrieben nicht schlechter dastehen wie in nichtkartellierten. So sind z. B. in den syndizierten Kohlenbetrieben die Verhältnisse der Arbeiter besser wie in den nichtsyndizierten. Allerdings haben alle, die in erster Linie mit den Kartellen oder Syndikaten zu tun haben, nichts als Nachteile. Die Händler werden ausgeschaltet. Das Kohlenyndikat hat z. B. alle Händler unter seine Botmäßigkeit gebracht. Daraus erklärt sich auch die Erbitterung gegen die Kartelle. Um die süddeutschen Kohlenhändler kirre zu machen, hat man ihnen die Kohlen so knapp zugemessen, daß man ganz entschieden dagegen protestierte. Dem Syndikat ist es allerdings noch nicht gelungen, den Mannheimer selbständigen Kohlenhandel unter seine Botmäßigkeit zu bringen. In ähnlicher Weise ist das Syndikat gegen den Stahlwerkverband vorgegangen. Der ganze Konflikt ist darauf zurückzuführen, das man keine Basis für eine Verschmelzung findet. Wenn aber die deutsche Eisenindustrie keine straffe Organisation bekommt, wird sie auf die Dauer dem amerikanischen Stahltrust auf dem Weltmarkt nicht gewachsen sein.

Wie gestalten sich nun die Verhältnisse zwischen Kartellen und Arbeitern? Hierfür bin ich nicht kompetent. Ich kann nur meine Ansichten als Theoretiker äußern. Gewiß wird zwischen Kartellen und Arbeitern immer eine starke Gegensätzlichkeit bestehen. Aber jetzt stehen sich ja auch nicht mehr einzelne Unternehmer und Arbeiter, sondern Arbeiter- und Unternehmerorganisationen gegenüber. Anders wird es auch bei einer größeren Ausdehnung der Kartellierung nicht sein. Aber wie sich bei dem bisherigen Kampf zwischen beiden großen Gruppen die Erkenntnis in den Kreisen der Arbeiterschaft herausbildete, daß sich tarifliche Vereinbarungen sehr wohl mit den Fortschritten der Arbeiterbewegung vertrugen, so wird man auch mit den Kartellen in ähnliche Verhältnisse kommen. Es besteht schon jetzt eine solche Abmachung, und zwar in einer kleinen Branche des Textilgewerbes. Die Arbeiterorganisation und die Preisvereinbarung der Unternehmer besprechen sich über die Preise und über den betreffenden Lohnanteil des Arbeiters. Die gegenwärtigen starken Unternehmerorganisationen werden in starke Abhängigkeit von den Kartellen ihres Gewerbes geraten; denn wenn ein festes Kartell besteht, wird dieses genau die Abmachungen kontrollieren, die seine Mitglieder als Angehörige der Unternehmer-Kampforganisation mit ihren Arbeitern treffen. Es hat den Verkaufspreis festzusetzen und es kann ihm daher nicht gleichgültig sein, wieviel die Löhne betragen. Daher werden später Verhandlungen nur geführt werden ganz unter dem Einfluß des Kartells. Ob sich Unternehmer-Kampforganisation und Kartell vereinigen, ist Nebensache. Hauptsache ist, daß das

Kartell bei der Regelung der Lohnbedingungen seine Meinung zum Ausdruck bringen muß. Kartelle sind privatkapitalistische Erscheinungen wie jede Einzel-fabrik. Aber die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Ebensovienig wie die Unternehmerorganisationen die Erfolge der Gewerkschaften zu beeinträchtigen vermochten, ebensovienig werden die Kartelle dazu imstande sein. Der mächtige Stahltrust in Amerika kann z. B. mit seinen Arbeitern auch nicht umspringen wie ein souveräner Herr. Dort hat sich die Arbeiterschaft in vielen Fällen ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Produktion und der Preise erkämpft.

Die Kartelle sind notwendige wirtschaftliche Neubildungen fortschrittlichen Charakters, die allerdings eine ganze Reihe sozialer Schattenseiten aufzuweisen haben, die aber nicht den Fortschritt der Arbeiterbewegung hemmen werden. Vorübergehend werden sie ihre Macht die Arbeiter fühlen lassen. Aber diese Wirkungen rufen auch wieder sehr starke Gegenwirkungen hervor. Die Arbeiterschaft kann nicht optimistisch genug in die Zukunft blicken! Es gibt keine Macht, die die aufstrebende Arbeiterbewegung auf die Dauer niederhalten könnte. Daher soll man sich als Arbeiter auch durch die nach außen in Erscheinung tretende Macht der Kartelle nicht beirren lassen; innerlich haben sie viele Schwächen, von denen nur ihre Schwerfälligkeit erwähnt sei. Kartelle sind nicht nur dazu da, um zu produzieren, sondern auch, um das Produzierte zu verkaufen. Und wenn nun die Konsumenten, die Käufer, sich auch organisieren, wenn starke Gegenorganisationen geschaffen werden, die den Kartellen das Gleichgewicht halten, braucht man nicht zu befürchten, daß sich die Kartelle zu einem Staat im Staate entwickeln. Aber eine gesetzliche Regelung muß das Kartellwesen sobald als möglich erfassen. Alle kartellähnlichen Gebilde sollen unter öffentliche Aufsicht gestellt werden. Man muß wissen, was in den Kartellen vorgeht. Kartelle sind Zusammenschlüsse von Betrieben zur einheitlichen Beeinflussung von Waren und Leistungen. Unter diesem Gesichtspunkt könnte ein weitaumfassendes Gesetz gebildet werden. Der Zusammenschluß der Unternehmer und der Arbeiter in horizontaler und vertikaler Richtung ist das wesentliche Moment in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 15 Jahre. Als Hauptwaffe gegen die Verbindung der Unternehmer hat die Arbeiterschaft nur eins in der Hand: mächtige und immer mächtigere Verbände zu bilden, um die Angriffe der Kartelle und anderer Unternehmerorganisationen zu parieren. Wir dürfen nicht vergessen: die Kartellierung bedeutet einen großen Fortschritt gegenüber der anarchischen Produktionsweise, wie sie ohne Kartelle herrscht. Die Kartelle sind also an für sich nicht zu bekämpfen. Nur dann, wenn sie gegenüber treten. Das Mitbestimmungsrecht, das sich die amerikanische Arbeiterschaft in vielen Kartellen erkämpft hat, muß auch das Ziel der deutschen Arbeiterschaft sein. Wenn sie ihre Reihen schließt, wenn sie den Unternehmervereinigungen große und damit machtvolle Arbeiterorganisationen entgegengestellt, dann wird der Arbeiterschaft die Wahrung ihrer Interessen gegenüber denen des Kapitals auch unter den wirtschaftlichen Neubildungen der Kartelle, Syndikate und Trusts möglich sein.

Stellenangebote

Chiffre-Inserate
finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

Da sämtliche Arbeitsnachweise uns keine geübten

Retuscheure
für Farben, Teil-Negative und Dispositive überweisen können, so suchen wir für diese Retusche-Abteilung Ueberläufer. Möglichst schon ausgerichtete Retuscheure für Portrait- oder Lichtdruckretusche werden bevorzugt. Offerten sind einzureichen an **Römmler & Jonas, Dresden, Blasewitzerstr. 27.**

Positiv-Retuscheure,

speziell für Maschinen-Retusche, sofort gesucht. [1,80] **J. G. Scheller & Giesecke, Reproduktionsabteilung, Leipzig.**

Ein älterer **Stecher,** welcher firm in **Abriebmachen,** ein **Holzstecher,** sowie ein **Hilfsarbeiter,** welcher im Walzenfilzen tüchtig ist, werden gesucht durch den Arbeitsnachweis des Zentral-Vereins der Formstecher und deren Hilfsarbeiter Deutschlands. **C. Schubart, Berlin N, 2,25]** Badstr. 26.

Aetzer

für **Auto, Schwarz und Farben,** sowie ein weiterer für **Strich** und etwas **Auto,** welcher auch perfekter **Kopierer für Zink und Kupfer.** **Chemigraphia, Bielefeld, Inh: Walter Becher.** 3,00]

2 Landschaftsgraveure,

welche in Fabrikansichten und im Figürl. erstklassiges leisten, finden sofort oder später bei hohem Gehalt angenehme Lebensstellung. Oeffl. Offerten nebst Gehaltsansprüchen unt. Einsendung von Mustern erbittet [3,00] **Franz Kaufmann, Stuttgart.**

Verschiedenes

Wollen Sie Ihre prakt. Vorteile erweitern, so kaufen Sie sich den, für jeden Kollegen unentbehr. **praktisch. Umdrucker** von Bernhard Enders. Druck u. Verlag von Conrad Müller, Schkeuditz. Pr.inkl. Porto 80Pf.

Prosp. gratis und franko, **Arbeitsmethode** i. **Photochrom** u. Rezept f. 10. — Mk. Off. **R. Barth, München, Liebigstr. 39.**

Achtung Niedersedlitz!

Alle Zuschriften, die Zahlstelle Niedersedlitz betr., sind vom 13.—19. September an **O. Teichert, Leuben,** Kaiser Wilhelmstr. 15, zu richten. [1,05] 1,05

Der Steindrucker Konrad Scherer

aus **Augsburg** wird wegen wichtiger Mitteilung um seine Adresse gebeten. **A. Gülden, Augsburg, Rugendasstr. 5/0.**

Totenliste.

- † Am 11. August zu **Erfurt Robert Meyer,** Stdr. aus Barmen, 52 Jahre alt, an Herzschwäche, krank 2 Wochen und 2 Tage. — Eingetreten am 21. August 1887 in Solingen.
- † Am 14. August zu **Dresden Guido Reuter,** Stdr. aus Dresden, 25 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 26 Wochen und 5 Tage. — Eingetreten am 15. April 1902 in Dresden.
- † Am 16. August zu **Offenbach Balthasar Müller,** Hilfsarb. aus Rimhorn, 67 Jahre alt, an Herzlähmung, krank 2 Wochen. — Eingetreten am 1. Januar 1893 in Offenbach.
- † Am 20. August zu **Chemnitz Max Steiner,** Lithogr. aus Chemnitz, 30 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 31 Wochen. — Eingetreten am 1. September 1901 in Halle.
- † Am 20 August zu **Hamburg Theodor Straß,** Geschäftsführer aus Hamburg, 49 Jahre alt, an Gelenkrheumatismus, krank 3 Wochen. — Eingetreten am 1. Januar 1893 in Hamburg.
- † Am 21. August zu **Cöln Daniel Treptau,** Stdr. aus Duisburg, 40 Jahre alt, an Gehirnschlag, krank 4 Wochen. — Eingetreten am 21. Juli 1907 in Cöln.
- † Am 21. August zu **Kaufbeuren Joseph Baader,** Stdr. aus Wolfershausen, 48 Jahre alt, Invalide. — Eingetreten am 6. Februar 1891 in Kaufbeuren.
- † Am 28. August zu **Mainz Lambert Oertel,** Stdr. aus Heinsberg, 54 Jahre alt, an Nierenleiden, Invalide. — Eingetreten am 1. Januar 1893 in Mainz.

Ehre ihrem Andenken!

NB. Zur gefl. Beachtung! Die verstorbenen Mitglieder werden in Zukunft in vorstehender Weise bekannt gegeben, nicht mehr durch einzelne Annoncen. Wir bitten daher sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall unter Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit etc., stets sofort Mitteilung zu machen. Der Hauptvorstand.